

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 2

Rubrik: Gedanken und Splitter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEDANKEN UND SPLITTER

Neger- und Frauenlöhne in eidgenössischer Diskussion

Wieder einmal sind die Auseinandersetzungen um das Problem der Frauenlöhne in unserem Land entbrannt. Die eidgenössischen Räte werden sich in der Frühjahrssession damit befassen. Anlaß dazu ist, daß die Internationale Arbeitskonferenz ein neues Übereinkommen angenommen hat gegen die «Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf». Jede Regierung, die das Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, mit den in ihrem Lande üblichen Mitteln jegliche Diskriminierung, also Schlechterstellung, in Beschäftigung und Beruf auf Grund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der politischen Meinung, der nationalen Abstammung oder der sozialen Herkunft auszuschalten. Mit diesem Übereinkommen soll den grundlegenden Menschenrechten in der ganzen Welt Rechtsgeltung verschafft werden. Der Bundesrat erachtet es als erwünscht, wenn auch die Schweiz dieses Übereinkommen ratifizieren würde, da es der Verwirklichung allgemein humanitärer Ziele dient. Tatsächlich ist in unserem Lande bisher keine Opposition sichtbar geworden gegen das Bestreben, die (nicht vorhandenen) Neger den Weißen in Beruf und Beschäftigung gleichzustellen.

Neben der Hautfarbe usw. soll auch das *Geschlecht* kein Grund für eine Diskriminierung sein. Hier wird der Boden heißer. Die Frage wurde aufgeworfen – und noch im vergangenen Frühling vom BIGA bejaht –, ob nicht gleichzeitig mit der Ratifikation des neuen Übereinkommens auch dasjenige aus dem Jahr 1951 über «die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte bei gleichwertiger Arbeit» ratifiziert werden müßte? Denn die niedrigeren Löhne der Frauen bei gleicher Arbeit sind eine Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes.

Der Bund hat durch die Neuordnung der Arbeitsbedingungen des Bundespersonals wesentliche Fortschritte im Hinblick auf die Verwirklichung des Grundsatzes des «gleichen Lohnes» gemacht. Der Bundesrat erklärt darum mit Recht, unser Land könnte heute dieses Übereinkommen ratifizieren. Opposition gegen eine Ratifikation machen die Arbeitgeberverbände. In wenig objektiven Ausführungen bezeichnet es zum Beispiel die «Arbeitgeber-Zeitung» als stoßend, «daß die öffentliche Hand versucht, dieses höchst problematische Prinzip ungeachtet aller wirtschaftlichen Folgen bei ihren Bediensteten anzuwenden».

Der Bundesrat hat nun seinem Bericht an die eidgenössischen Räte einen Abschnitt «neue Stellungnahme» angefügt. Er beantragt, von einer Ratifikation des Übereinkommens über den gleichen Lohn abzusehen. Die zur Begründung dieses Standpunktes angeführten Argumente sind allerdings wenig überzeugend: es seien Mißverständnisse und falsche Schlüsse zu befürchten. Das Übereinkommen sei zu elastisch gestaltet usw.

Offensichtlich ist es die Angst vor den «wirtschaftlichen Folgen», die bisher die bürgerliche Mehrheit der eidgenössischen Räte veranlaßte, das Übereinkommen über den gleichen Lohn nicht zu ratifizieren. Man meint, bei niedrigeren Frauenlöhnen seien unsere Produkte eher konkurrenzfähig auf dem internationalen Markt.

Wir sehen die Sache anders: Unsere Wirtschaft wird konkurrenzfähig bleiben, wenn es ihr gelingt, die Produktivität weiter zu heben. Das ist unter anderem möglich durch Hebung der Berufsausbildung der Frauen, wodurch auch ihre Arbeitsfreude steigen wird. Als gleichberechtigte Partnerinnen im Wirtschaftsleben werden die Schweizer Frauen noch ungeahnte Kräfte entwickeln und der Wirtschaft zur Verfügung stellen können. Behandeln wir die Frauenarbeit jedoch weiterhin als «unterentwickeltes Gebiet»,

beschränken wir uns darauf, die Monotoniefestigkeit der Frauen zu loben und ihnen niedrigere Löhne zu zahlen, während die anderen Staaten die Frauenarbeit heben – dann besteht Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.

Es scheint, als ob die nationalrätliche Kommission, die das Geschäft vorzubereiten hat, nicht ohne weiteres dem Antrag des Bundesrates folgt. Jedenfalls hat sie weitere Abklärungen angefordert.

Es würde unserem Land tatsächlich gut anstehen, wenn nicht nur aus humanitären Gründen eine Verhinderung der Diskriminierung der Neger beschlossen würde, sondern aus Gründen der Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Fortschrittes auch das Überkommen über den gleichen Lohn der Frauen bei gleichwertiger Arbeit ratifiziert würde.

M. Oe.

✱

Die Unterhausfraktion der englischen Labour Party hat bekanntlich für die verschiedenen Sachgebiete bestimmte *Hauptsprecher*, die zugleich als Anwärter für die entsprechenden Ministerposten gelten können. Es ergibt sich eine Zusammenstellung, die nicht zuletzt im Hinblick auf das Alter dieser maßgebenden Persönlichkeiten der Labour Party außerordentlich interessant ist. In unserer Liste geben wir deshalb in Klammern das Alter der betreffenden Politiker an.

<i>Außenpolitik:</i>	A. Bevan (62), D. Healey (42), P. Noel-Baker (70);
<i>Innere:</i>	P. Gordon-Walker (52), Miß Alice Bacon (48), E. Fletcher (56);
<i>Verteidigung und Streitkräfte:</i>	G. Brown (45), T. Steel (53), G. de Freitas (46); J. Strachey (58);
<i>Arbeit:</i>	A. Robens (48), R. Prentice (36);
<i>Commonwealth:</i>	H. Marquand (57);
<i>Finanzen und Handel:</i>	H. Wilson (43), Douglas Jay (52), G. R. Mitchison (69), R. Jenkins (39);
<i>Gesundheit:</i>	Dr. E. Summerskill (58), K. Robinson (48);
<i>Informationswesen:</i>	C. Mayhew (44);
<i>Justiz:</i>	Sir Frank Soskice (57), Sir Lynn Ungoed-Thomas (55);
<i>Kolonien:</i>	L. J. Callaghan (47), A. Creech Jones (68), G. Thomson (38);
<i>Kultusministerium:</i>	A. Greenwood (48), Mrs. E. White (50);
<i>Landwirtschaft:</i>	F. T. Willey (49), T. F. Peart (45);
<i>Luftfahrt:</i>	G. Strauß (58), G. Chetwynd (43);
<i>Öffentliche Arbeiten:</i>	Mrs. Barbara Castle (48);
<i>Pensionen und Versicherungen:</i>	R. H. S. Crossmann (51), D. Houghton (61);
<i>Transport und Verkehr:</i>	A. Wedgwood Benn (39), R. Mellish (46);
<i>Wohnungsbau und Kommunales:</i>	M. Stewart (57), Cledw. Hughes (43), J. McColl (51).

Die Zusammenstellung dieser Labour-Politiker zeigt eine gute altersmäßige Mischung. Nur fünf der 39 Persönlichkeiten sind über 60 Jahre alt. Das Durchschnittsalter beträgt knapp 51 Jahre. Die mittleren Jahrgänge dominieren ganz eindeutig. Der Nachwuchs wird bewußt herangezogen, was ja für eine Partei, die (wieder) Regierungspartei werden will, von entscheidender Bedeutung ist.

Im Dezember-Heft 1959 des «Magnum» schreibt Diether Stolze über «Die dritte Bedrohung des Menschen»: «Anders als die Naturkatastrophen und Seuchen vergangener Epochen, anders als Atombomben und Raketen bedroht die stürmische Entwicklung der modernen Naturwissenschaften den Menschen nicht physisch, sondern in seinem innersten Wesen. Die schier grenzenlose Macht, die die Wissenschaft über die Natur gewonnen hat, läßt ihr den Griff nach dem Menschen als letztes, lockendes Ziel erscheinen. Biochemie und Psychoanalyse, Gehirnochirurgie und Seelentechnik wirken, bewußt oder unbewußt, zusammen, um den Tag immer näher rücken zu lassen, an dem die Prophezeiung amerikanischer Soziologen in Erfüllung gehen könnte: Wie Puppen in einem Marionettentheater werden die Menschen tun, was ihnen geheißen – und wie Puppen werden sie nicht einmal wissen, daß jemand an den Drähten zieht.» Wissenschaftler des Lifwynn-Instituts in den Vereinigten Staaten, so berichtet Diether Stolze, «experimentieren mit Barbitursäure-Präparaten, die geeignet erscheinen, die sozial erwünschte Haltung des Menschen chemisch zu erzeugen». Durch Chemikalien soll eine positive Haltung des Menschen gegenüber der Gesellschaft erwirkt werden. «Der Mensch vermag sich dem Zugriff der Chemie nicht zu entziehen. Schon heute werden jedes Jahr Milliarden sogenannter Tranquilizer in den USA verkauft, Präparate, die den Menschen ein Ende seiner Lebensangst, ‚seelische Ruhe bei geistiger Wachheit‘ verheißen. Schon unternimmt man Versuche mit Equanil, das ursprünglich zur Behandlung psychischer Erkrankungen gedacht war, um eine ‚Glückspille‘ zu entwickeln, die dem Menschen ‚chemische Lebensfreude‘ zu schenken vermag. Equanil, ein Präparat, das auf den Thalamus, einen zentralen Teil des Gehirns, wirkt, kann Angst-, Schmerz- und Unlustgefühle beseitigen. Das Ziel ist klar. Nach einem Großversuch berichteten die Ärzte: ‚Es ist also gelungen, nur durch Anwendung von Tabletten die soziale Produktivität von mehr als 250 Menschen in vollem Umfang wiederherzustellen.‘ Der chemische Optimismus steigert die Efficiency, die Nützlichkeit für die moderne Leistungsgesellschaft.»

«Die Wissenschaft verheißt das Ende von Angst, Kummer und Schmerzen – aber sie fordert als Preis die Aufgabe der Freiheit: an die Stelle des Menschen, der zur Verantwortung berufen ist und seine Persönlichkeit im Erlebnis von Freude und Leid entwickelt, tritt ein manipulierbares Wesen, eine leere Puppe. Das moralische Niveau der Menschheit werde in nicht allzu ferner Zeit nicht mehr von den Anstrengungen des Einzelwesens, sondern von der gelungenen Synthese eines ‚Tugend-Präparates‘ abhängen, verkündet der berühmte französische Biologe Jean Rostand.»

